

Mitteilung

der Landesregierung

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg;
– Beitrag Nr. 28: Württembergische Philharmonie Reut-
lingen und Stuttgarter Philharmoniker**

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 20. Juni 2013 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 15/2528 Abschnitt II):

Die Landesregierung zu ersuchen,

- 1. bei der Förderung der Württembergischen Philharmonie Reutlingen die bisherige Förderstruktur in ihren Grundzügen beizubehalten;*
- 2. gemeinsam mit der Stadt Stuttgart auf eine bessere Auslastung und eine höhere Eigenfinanzierungsquote der Stuttgarter Philharmoniker hinzuwirken;*
- 3. mit der Stadt Stuttgart Gespräche zu führen, unter welchen Bedingungen die Stuttgarter Philharmoniker mittelfristig in die ausschließliche finanzielle Verantwortung der Stadt Stuttgart überführt werden könnten;*
- 4. dem Landtag bis zum 31. Dezember 2013 über das Veranlasste zu berichten.*

Bericht

Mit Schreiben vom 23. Dezember 2013 Nr. I-0451.1 berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Die bisherige Förderstruktur zur Förderung der Württembergischen Philharmonie Reutlingen soll auch künftig in ihren Grundzügen beibehalten werden (Ziffer 1). Für das Haushaltsjahr 2014 ist dies bereits so vorgesehen. Im Rahmen der Aufstellung des nächsten Staatshaushaltsplans (Doppelhaushalt 2015/2016) wird die

Empfehlung entsprechend Beachtung finden. Dies schließt nicht aus, dass sich das Land Hand in Hand mit der Stadt Reutlingen um eine weitere Optimierung der Förderung für die Württembergische Philharmonie Reutlingen als herausragendes Orchester im Land bemüht.

Mit der Stadt Stuttgart besteht Übereinstimmung, dass höhere Eigeneinnahmen und eine bessere Auslastung der Stuttgarter Philharmoniker wünschenswert und anzustreben sind (Ziffer 2). Bzgl. der Erhöhung der Auslastung und der Verstärkung der Präsenz im Land sind bereits erste Fortschritte zu verzeichnen: In diesem Jahr (2013) wurden die Stuttgarter Philharmoniker erstmals als Festspielorchester bei den Opernfestspielen Heidenheim verpflichtet. Im Juli spielten sie dort bei neun Aufführungen. Im kommenden Jahr werden die Stuttgarter Philharmoniker zwei zusätzliche Aufführungen bestreiten und bei den Opernfestspielen an elf Abenden zu hören sein. Für das Engagement in Heidenheim besteht ein Vertrag zunächst über drei Jahre (2013 bis 2015). Es besteht die Absicht zu einer weiteren Zusammenarbeit. Des Weiteren ist zu erwähnen, dass die Stuttgarter Philharmoniker in diesem Jahr zusätzlich an einem Konzert im Rahmen von Jazz Open mitgewirkt haben.

Höhere Einnahmen erzielen die Stuttgarter Philharmoniker seit diesem Jahr durch erhöhte Eintrittspreise und durch Senkung der gegenüber der Kulturgemeinschaft Stuttgart e. V. traditionell gewährten Rabatte. Darüber hinaus ist es gelungen, die Zahl der Abonnements in der Spielzeit 2013/2014 erneut um 2 bis 3 % zu steigern.

Bisherige Sondierungsgespräche mit der Stadt Stuttgart zur Überführung der Stuttgarter Philharmoniker in die alleinige finanzielle Verantwortung der Stadt (Ziffer 3) haben ergeben, dass die Stadt derzeit einem solchen Ansinnen nicht entsprechen möchte. Die Stadt betrachtet die von Stadt und Land unterhaltene Förderung der Stuttgarter Philharmoniker, der Württembergischen Staatstheater und des Linden-Museums als einen Gesamtkomplex gemeinschaftlicher Kulturförderung in der Landeshauptstadt. Es ist davon auszugehen, dass vom Land ausgehende, einseitige Änderungen bei der Finanzierung der Stuttgarter Philharmoniker zulasten der Stadt Stuttgart dort in einer Gegenreaktion Überlegungen für Änderungen an anderen Stellen dieses Gesamtkomplexes mit u. U. nachteiligen finanziellen Folgen für das Land auslösen würden. Vor diesem Hintergrund wird eine Aufkündigung des mit der Stadt bestehenden Vertrags über die gemeinsame Finanzierung der Stuttgarter Philharmoniker durch das Land derzeit nicht in Erwägung gezogen. Weitere Gespräche über die Frage der generellen Finanzbeziehungen zwischen dem Land und der Landeshauptstadt bleiben abzuwarten.